

Poincarés Niederlage

Sieg des konservativen Elements

Die französischen Wahlen haben dem Block der Linken einen gewaltigen Zuwachs verschafft. Natürlich haben zunächst innerpolitische Fragen die unmittelbare Wirkung auf den Wähler ausgeübt. Trotzdem ist die Entscheidung des 11. Mai ein Ereignis von europäischer Bedeutung. Die neue französische Kammer verkörpert den Geist des französischen Bauern, des kleinen Handwerkers und Rentiers, der nachgerade der Meinung ist, dass die imperialistische Politik eine Sache ist, die er mit Geld und Gut und mit dem Blut seiner Söhne zu bezahlen hat, während die Vorteile einer kleinen Gruppe von Grossindustriellen und Militaristen zufallen. Schon einmal hat dieser französische Wähler Jean Bonens einen Strich durch die Rechnung der Poincaré und Millerand gemacht. Das war im Frühjahr 1914, als er eine Mehrheit wählte, die versprach, die im Jahre zuvor, nach Vereinbarung mit Russland, durchgedrückte dreijährige Dienstzeit weder abzuschaffen. Trotz der Zapfenreiche Millerands und trotz eines ungeheuerlichen Aufgebots an Hetzpropaganda, die ihren Gipfel in dem Verleumdungsbeitrag des „Figaro“ gegen den friedensfreundlichen Führer der Radikalen, Caillaux, hatte. Die Sensation der Vorkriegswochen war der Revolveranschuss, mit dem die Gattin Caillaux' den „Figaro“-Direktor Calmette niederstreckte. Unter dem Eindruck des Sieges und der Siegesverheissungen wurde dann die horizontblaue Kammer gewählt, die nach der Konferenz von Cannes Briand stürzte und Poincaré begeistert an die Ruhr folgte. Jetzt ist der französische Wähler dort wieder angelangt, wo er 1914 stand. Es gibt nichts Konservativeres als diese geistig beweglichen Landleute des Südens, diese Männer der Languedoc, unter denen politischer Instinkt und rednerische Begabung viel häufiger sind als im wirtschaftlich tüchtigeren Norden.

Der geschlagene Millerand

Poincaré war der Mann des Nordens; Lothringer, mit den Instinkten des Grenzbewohners, zu phantasiern, um eine grosse europäische Politik zu treiben, hartnäckig im Kleinen, ohne die Gabe, um grössere Dinge willen auf augenblickliche Vorteile zu verzichten.

Was er erreicht und was er verfolgt hat, das bindet die französische Politik auch über den Zeitpunkt, wo er unmittelbar die Macht ausübt. Der Sturz trifft ihn offenbar unerwartet, sonst hätte er nicht für die Woche nach der Wahl eine Zusammenkunft mit dem englischen Ministerpräsidenten vereinbart, die jetzt zwecklos geworden ist. Die Sieger sind die Radikalen um Herriot, den Bürgermeister von Lyon, und die gemässigten Sozialisten der Richtung Leon Blums, hinter dem jetzt mehr als 100 Abgeordnete stehen, während er oft genug in der alten Kammer sich kaum Gehör schaffen konnte und oft genug den antisemitischen Zuruf hören musste, er, der Jude, arbeite „für Deutschland“. Uebrigens hat ein französisches rechtsradikales Blatt auch die Berichte der Sachverständigen als eine „Verschwörung der jüdischen Finanz“ gegen das arme Frankreich hingestellt, während gleichzeitig in Deutschland General Ludendorff von einem „Satanswerk“ sprach, das darauf abziele, das deutsche Volk auf ewig zu versklaven.

Millerand hat in den letzten Jahren häufig mit Poincaré um die Macht gekämpft. Bei der letzten Kabinettskrise, die Poincaré dazu benutzte, sich weiter nach links zu orientieren, in der Hoffnung, dadurch den Strom abzufangen, gebärdete sich Millerand als Herr der Lage und entliess eine Erklärung an das französische Volk, dass die bisherige Politik fortgesetzt werde, es sei denn, dass das Volk bei den Wahlen eine andere Richtung wünsche. Für diesen Fall aber kündigte er an, dass er dann für seine Person „die Konsequenzen ziehen“ werde. Diese Drohung hat offenbar die französischen Wähler nicht geschreckt. Es scheint nicht, dass Millerand auch heute noch an sie erinnert zu werden wünscht. Die Radikalen und Sozialisten

haben jedoch nicht versäumt, ihm sofort die damalige Erklärung entgegenzuhalten, mit dem Hinzufügen, dass kein Mensch daran denke, ihn zu hassen. Tatsächlich ist die Niederlage des „bloc national“ eine noch grössere Niederlage für Millerand als für Poincaré, der wenigstens innerpolitisch die Brücken nach links nicht abgebrochen hatte.

Und Deutschland — ?

Für die neue Regierungsbildung in Frankreich wird viel darauf ankommen, ob die Sozialisten, die durch die Verständigung mit den Radikalen in einer Reihe von Wahlkreisen den ersten Schritt zu positiver Betätigung getan haben, sich bereit und entschlossen zeigen, den zweiten folgen zu lassen und an der Regierung teilzunehmen. Eine entschiedene Linksregierung hätte ohne Zweifel starke Anziehungskraft auch auf solche radikale Abgeordnete, die bisher Poincaré Gefolgschaft leisteten. In Frankreich sind die Parteigrenzen bekanntlich wenig scharf, und die Wähler sind durchaus damit einverstanden, dass ihre Vertreter dorthin ihre Stimme zur Geltung bringen, wo sie am meisten durchzusetzen glauben.

Die französische Wahlentscheidung eröffnet der Durchführung der Sachverständigen-Gutachten bessere Aussichten als bisher. Zwar ist behauptet worden, dass auch Poincaré nach den Wahlen hätte mit sich reden lassen. Die Frankensitzung durch die amerikanischen und englische Finanzwelt sei erst erfolgt, nachdem Poincaré sich ausdrücklich verpflichtet hatte, den Dawesplan ohne jede Verzögerung zur Durchführung zu bringen. Immerhin hatte sich Poincaré in der Frage der Ruhrbesetzung und der Pfänder so oft und bestimmt festgelegt,

dass er schon aus Prestige Gründen gezwungen war, Vorbehalte aller Art zu formulieren. Dass jede Einschränkung der Ruhräumung, und sei sie auch nur theoretischer Art, für Deutschland eine unerträgliche Zumutung bedeutet hätte, liegt auf der Hand. Die bisherige Behandlung der Ruhrfrage durch die französische Regierung hat einen solchen Mangel an Verständigungswillen und Rücksichtnahme auf den Ehrenstandpunkt des Gegners gezeigt, dass es ausserordentlich schwer erschien, eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen. Die Lasten, die Deutschland zugemutet werden, sind ausserordentlich gross, und niemand kann heute entscheiden, ob sie überhaupt getragen werden können. Ihre Übernahme würde mit viel grösserer Aussicht auf wirkliche Durchführung versprochen werden können, wenn die Sicherheit bestünde, dass der Anfang der Erfüllung gleichbedeutend wäre mit dem Anfang der Befreiung.

Wenn Poincarés Nachfolger endlich die politischen Gefangenen freilässt, endlich die Opfer von Saint Martin de Ré in ein menschenwürdigeres Gefängnis bringen lässt und endlich die Ausweisungen aufhebt, so wäre schon viel und Wesentliches erreicht.

Popanz Ludendorff

Die deutschen Wahlen, die den Extremen links und rechts Zuwachs brachten, haben den Wahlsieg der entschiedenen Demokratie in Frankreich nicht zu verhindern gemeicht. Wie die Fortschritte der Arbeiterpartei in England von der internationalen Reaktion als ein solches Schlag empfunden wurden, so auch jetzt die Niederlage der französischen Militäristen und Gewaltpolitiker. Die Internationale der Gewaltpolitiker hat den Untergang der Demokratie als eine Art Dogma hingestellt, um so schwerer sie ihre Enttäuschung, dass gerade Frankreich, das nach dem Krieg zu einem Hort der Reaktion geworden war, sich mit solcher

Entschiedenheit für die Linke ausgesprochen hat. Der Sieg wäre offenbar noch grösser gewesen, wenn nicht die deutschen Wahlen nach zwei Richtungen hin hätten ausgenutzt werden können, um dem französischen Philister Schrecken einzujagen. Man schilderte ihm die angebliche bolschewistische Gefahr in den krassensten Farben und gleichzeitig die rechtsradikale „Revanche-Kriegsdrohung“ unter Berufung auf die Reden und Taten des Generals Ludendorff. Der Pariser Kleinbürger hat sich tatsächlich ins Bockshorn jagen lassen. Um so mehr Respekt verdient die Kaltblütigkeit der ländlichen Bevölkerung, die sich durch die Säbelrasier nicht terrorisieren liess und die auch nicht über der Frankensitzung die Monate rasch sinkenden Geldwerts vergessen hatte, die auf die Ueberspannung der Rüstungen und Kriegskredite für die französischen Vasallen zurückzuführen waren.

Die allein mögliche Politik

Wenn nach den deutschen Wahlen als ein mögliches Experiment die Übernahme der Regierung durch die Deutschnationalen erörtert werden konnte, so muss nach der Niederlage Poincarés die Frage in den Vordergrund gestellt werden, welche Regierung die besten Aussichten eröffnet, um das besetzte Gebiet von der unerträglichen Belastung zu befreien und die deutsche Wirtschaftseinheit, die Voraussetzung jeden Wiederaufstiegs, im vollen Umfang wieder herzustellen. Das besetzte Gebiet hat für das gesamte deutsche Volk so viel Lasten und Entbehrungen getragen, dass es den Anspruch erheben darf, zunächst und vor allem gehört zu werden. Die Eröffnung der ersten Kölner Messe hat Gelegenheit geboten, die Auffassung des Rheinlandes vor aller Öffentlichkeit zu bekunden. Die wirtschaftliche und moralische Hauptstadt des besetzten Gebiets, Köln, hat den Reichspräsidenten, der zum erstenmal nach der Besetzung dort erschienen war, mit besonderer



Die erste Kölner Messe
Reichspräsident Ebert, der vom ganzen Rheinland willkommen geheissen wurde, auf dem Rundgang durch die Ausstellungshallen

Photothek